

Dank an Bürgerinitiative für ihr Engagement

Anja Müller: Petition zu den Altlasten in Rositz-Schelditz wurde positiv beschieden

Anja Müller, Sprecherin für Petitionen und Bürgeranliegen der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, freut sich über den erfolgreichen Abschluss der Petition zu den Altlasten in Rositz-Schelditz, die kürzlich letztmalig beraten wurde. Dabei kamen die Abgeordneten des Petitionsausschusses überein, dass die Petition vorerst geschlossen und positiv beschieden werden kann.

„Die elf direkt betroffenen Mietparteien können in nicht belastete Immobilien umziehen. Die Sanierungsarbeiten sollen 2017 beginnen. Das Land hat die Kosten auf ca. zehn Millionen Euro beziffert“, sagte die Abgeordnete weiter.

Zum Hintergrund der Petition erläuterte Anja Müller: „Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rositz hatten sich 2014 an den Thüringer Landtag gewandt, da sich die Wohnbedingungen im Ortsteil Schelditz aufgrund von hochbelastetem Grundwasser kontinuierlich verschlechterten. Gebäude waren wegen Feuchtigkeit und Giftstoffen nicht mehr bewohnbar, Gärten bis zur Grasnarbe überwässert. Die Altlasten gefährdeten auch die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner.“

Die Problematik sei den Behörden und Ämtern jahrelang bekannt gewesen. Jedoch seien lediglich Sofortmaßnahmen ergriffen worden, wie Abpumpen des Grundwassers. Ein Gesamt-

konzept für die Region habe es nicht gegeben. „Daraufhin haben Anwohnerinnen und Anwohner die Bürgerinitiative Rositz-Schelditz ins Leben gerufen und die Petition eingereicht. Sie wurde auf der Internetplattform des Petitionsausschusses des Thüringer Landtages veröffentlicht und hatte 1.588 Unterstützer. Damit war die Voraussetzung für eine öffentliche Anhörung erfüllt, die am 23. März 2015 stattfand“, so

eine enge Zusammenarbeit zwischen Abgeordneten des Petitionsausschusses und Wahlkreisabgeordneten, wie Ute Lukasch von der Linksfraktion, gegeben.

„Wir danken der Bürgerinitiative Rositz-Schelditz für ihr unermüdliches Engagement. Ohne ihre Ausdauer wären diese Maßnahmen und das Gesamtkonzept für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner nicht auf dem



Im März 2015 hatten sich Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN und der SPD im Thüringer Landtag ein Bild der Lage vor Ort gemacht und mit den Betroffenen gesprochen.

Anja Müller weiter. Die Abgeordnete verwies darauf, dass sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen DIE LINKE und SPD ein Bild der Lage vor Ort gemacht hatten. Dabei habe es

jetztigen Stand“, sagte die LINKE-Politikerin und unterstrich die Wirksamkeit der parlamentarischen Arbeit mit Bürgeranliegen. ■

Nachhilfe für CDU-Fraktionschef Mike Mohring

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Mike Mohring äußerte in der Bild-Zeitung Kritik an den Empfehlungen für eine geschlechtersensible Sprache der Thüringer Behörden, die die Thüringer Frauenministerin Heike Werner (LINKE) zusammen mit der Thüringer Gleichstellungsbeauftragten Katrin Christ-Eisenwinder vorbereitet hat. Mohring wird von der Bild-Zeitung, Thüringen-Ausgabe v. 3.5., mit den Worten zitiert: „Das ist hausgemachter Unsinn auf Kosten der Steuerzahler.“

In einer Pressemitteilung äußerte sich Heike Werner, dass sie die Kritik des CDU-Fraktionschefs höchst befremdlich finde. Den Empfehlungen liege das Thüringer Gleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2013 zugrunde, „das von der damaligen CDU-geführten Landesregierung beschlossen wurde. Herr Mohring fällt mit seiner Kritik nicht nur der ehemaligen Ministerpräsidentin Lieberknecht in den Rücken. Er leugnet faktisch, dass das Gesetz auch mit seiner Zustimmung verabschiedet wurde. Das ist in hohem Maße unaufrichtig.“ Nach Auffassung von Ministerin Wer-

ner legt der Fraktionschef auch ein merkwürdiges Rechtsverständnis an den Tag: „Herr Mohring kritisiert mich dafür, dass ich darauf dränge, das ein geltendes Gesetz auch angewandt wird. Das ist aberwitzig!“

Der Paragraph 28 des Thüringer Gleichstellungsgesetzes sieht vor, dass „Behörden und Dienststellen beim Erlass von Rechtsvorschriften, Verwaltungsvorschriften, bei der Gestaltung von Vordrucken, in amtlichen Schreiben und bei Stellenausschreibungen so weit wie möglich geschlechtsneutrale Bezeichnungen zu wählen“ (Gleichstgesetz TH 2013) haben.

Auch die Warnung des Fraktionschefs, die Empfehlungen von Ministerin Werner werde den „Steuerzahler“ Kosten verursachen, sei gegenstandslos. Die Ministerin hatte bereits in ihrer Mitteilung am 2.5. darauf hingewiesen, dass die Verwendung der weiblichen und männlichen Form in Schreiben und Publikation von Behörden keinen Cent kostet und Veränderungen in Vorlagen mit veralteten Schreibweisen dann erfolgen sollten, wenn ohnehin ein Nachdruck ansteht. Die Umsetzung der Empfehlungen könne daher vollkommen kostenneutral erfolgen, be-

kräftigte Heike Werner.

„Statt sich vollkommen unnötig aufzublasen, sollte Herr Mohring mit gutem Beispiel bei der Umsetzung des CDU-Gesetzes vorangehen und zukünftig nicht nur von Steuerzahlern, sondern auch Steuerzahlerinnen sprechen“, kritisierte die Frauenministerin die auch in ihrer sprachlichen Form ungenügende Einlassung des Fraktionschefs. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Rechercheschwäche bei der OTZ

Unter dem Titel „Sehschwäche auf dem Auge links“ berichtet die Ostthüringer Zeitung (OTZ) am 13.5. über eine Veranstaltung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung in Stadtroda. Referent Christoph Bernstiel wird in der OTZ vorgestellt als Experte, als „Politikwissenschaftler und -berater aus Halle“. Nach einem stimmungsvollen Texteinstieg legt man bei der OTZ mit Bernstiel pur los: „Sind die Medien auf dem linken Auge blind?“, der Titel seines Vortrags ist für ihn nur eine rhetorische Frage. Natürlich – jedenfalls dann, wenn man der Intention des OTZ-Artikels folgt, der die Aussagen Bernstiels nirgends hinterfragt (und sogar den verschwörungstheoretischen Unsinn kolportiert, die SPD nehme wöglich über ihre Medienholding Einfluss auf derartige Berichte).

Zitiert wird in der OTZ auch der unvermeidliche Wolfgang Fiedler (neben 13 Zuhörern bei der Veranstaltung anwesend), der ansonsten als eine Art Bespitzelungsfetischist der CDU-Landtagsfraktion in jedes Mikrophon seinen Ruf nach mehr Geheimdienst („V-Leute“) greint.

Besonders sorgfältig hat man bei der OTZ nicht recherchiert. Ein wichtiges Detail über Bernstiel, den „Politikwissenschaftler und -berater aus Halle an der Saale“ wurde „vergessen“: er ist langjähriger CDU-Funktionär, derzeit Mitglied im „Landesfachausschuss Medien“ der CDU Sachsen-Anhalt und Stadtratsmitglied in Halle.

Bereits für 2005 vermeldet sein Lebenslauf: „Eintritt in die CDU und die Junge Union, Ernennung zum Extremismusbeauftragten der CDU Bernburg“. Es sei für ihn „logisch“ gewesen, schreibt Bernstiel auf seiner Homepage, „gleich zu Beginn meines Studiums, eine politische Heimat zu suchen. Diese fand ich in der CDU.“ Schönes Detail. Die Leserinnen und Leser des CDU-Artikels erfahren nur leider nichts davon. ■